



Gemeinderat für Erhaltung der Chirurgie im LKH und gegen das Sparpaket der Landesregierung

Gleich drei Dringlichkeitsanträge wurden bei der letzten Gemeinderatssitzung behandelt. Der erste betraf das **LKH Mürzzuschlag**, bei dem ja bekanntlich nach Plänen der rot-schwarzen Landesregierung die erst vor zwei Jahren beschlossene Vollchirurgie wieder wegkommen soll. Antragsteller waren **alle fünf Gemeinderatsfraktionen**. Der zweite Dringlichkeitsantrag betraf die **Sparpläne im Sozialbereich**. Dieser wurde von der **KPÖ-proMz** eingebracht und ebenso wie der erste einstimmig beschlossen. Der dritte, ein Antrag der Grünen betraf die **Schließungspläne** des zum Spitalsverbund Mürzzuschlag-Mariazell gehörenden LKHs in Mariazell. Dieser wurde mit der **SPÖ** Stimmenmehrheit abgewiesen

Nach Aussage der jetzt zuständigen Landesrätin, Kristina Edlinger-Ploder ist seitens des Landes eine Änderung der chirurgischen Versorgung im Landeskrankenhaus Mürzzuschlag vorgesehen. Dabei wurde erst 2009 – nach einer breiten öffentlichen Diskussion mit namhaften Experten aus ganz Österreich und Einholung von vielen Fachmeinungen, die Aufrechterhaltung der Chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Mürzzuschlag mehrheitlich im Landtag beschlossen.

Damals sagte die zuständige Landesrätin Bettina Vollath nach Beschlussfassung, dass die inhaltliche Diskussion bezüglich der Chirurgischen Abteilung in Mürzzuschlag abgeschlossen ist und die Landesregierung für die bestmögliche Umsetzung des Beschlusses zu sorgen hat. Diese Haltung ist auch von der derzeit zuständigen Landesrätin zu fordern. Es kann doch

nicht sein, dass der Landtag seine eigenen Beschlüsse nach zwei Jahren verwirft. (Siehe auch Kommentar Seite 5)

Wortlaut der beschlossenen Resolution

Resolution des Gemeinderats

Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass

1. die **allgemeinchirurgischen und unfallchirurgischen Eingriffe und Untersuchungen**, deren Durchführung am Landeskrankenhaus Mürzzuschlag zuletzt nicht mehr gewährleistet waren, wieder ermöglicht werden und
2. die für die **langfristige Aufrechterhaltung der chirurgischen Versorgung am Landeskrankenhaus Mürzzuschlag notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen** in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung zu stellen
3. das **Landeskrankenhaus sein Leistungsspektrum im präventiven Bereich im Rahmen des dort anzusiedelnden Gesundheitszentrums weiterentwickelt**
4. die **Landesregierung wird aufgefordert, ehest möglich am LKH Mürzzuschlag den Computertomografen des LKH auf für ambulante PatientInnen zu öffnen.**

Die vorgenannten Punkte entsprechen den mehrheitlich angenommenen Landtagsbeschlüssen aus dem Jahre 2009.



Mitgehen!

Großdemonstration von Plattform 25 und ÖGB Gegen das Belastungspaket

Am Di. 26. April, ab 16.30 Uhr

Treffpunkt: Opernring Höhe „Künstlerhaus“ – Ring – Jakominiplatz – Herrengasse
– Schlusskundgebung Grazer Hauptplatz

ÖGB Bus aus Mürzzuschlag:

Tel. 03852/2388

E-Mail: muerzzuschlag@oegb.at



Stolz...

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurden zwei Resolutionen zu ganz wichtigen Themen verabschiedet. Das Thema Chirurgie wurde bisher von der KPÖ, der FPÖ und der ÖVP gänzlich anders beurteilt wie von der SPÖ und den Grünen. Die Gegner der seinerzeitigen Chirurgiere-

form konnten sich im Landtag durchsetzen und den Plänen vom damaligen SP- Landesrat Hirt eine Abfuhr erteilen. Kaum 2 Jahre später wird der Chirurgiestandort wieder in Frage gestellt, diesmal von der VP- Landesrätin Edlinger-Ploder samt rot-schwarzer Landesregierung. Um so bemerkenswerter ist der Umstand, dass sich nunmehr die örtliche SP und die Grünen auf die Seite der Chirurgiebefürworter geschlagen haben. Sie haben erkannt, dass Mürzzuschlag und die ganze Region eine umfassende Spitalsbetreuung braucht. Hoffentlich bleibt die einstimmig beschlossene Resolution nicht nur ein Blatt Papier, hoffentlich ist sie das Fundament für einen einheitlichen Kampf für die Mürzer Chirurgie.

Der zweite einheitlich gefasste Beschluss, die geplanten unsozialen Maßnahmen im Landesbudget zurückzunehmen, ist ebenfalls ein richtungsweisender. Wenn sich die örtlichen Vertreter gegen den Vorschlag der Landesparteien stellen so lässt dies Hoffnung nach einer Änderung aufkeimen. 580 Organisationen und Verbände haben sich bis jetzt zur Plattform 25 zusammengeschlossen und haben schon 2 mächtige Kundgebungen gegen das Sparkonzept abgehalten. Am Dienstag nach Ostern wird, gemeinsam mit dem ÖGB, die wahrscheinlich größte Demonstration stattfinden die es in der Steiermark je gegeben hat. Das Ziel der DemonstrantInnen ist die Rücknahme der unsozialen Regierungsvorschläge.

Einen kleinen Beitrag dazu hat auch der Gemeinderat von Mürzzuschlag geleistet. Darauf kann man nun wirklich einmal stolz sein.

Gemeinderat Franz Rosenblattl

Dringlichkeitsantrag von KPÖ - proMz

einstimmig angenommen

Die bisher vorgestellten Einschnitte beim Budget des Landes Steiermark bedeuten große Belastungen für direkt Betroffene. Auch auf viele MürzzuschlagerInnen hat es große Auswirkungen. Ebenso gefährdet ist auch die Tätigkeit von den diversen Trägerorganisationen und wirkt sich auch auf Arbeitsplätze im Sozialbereich aus. So ist zum Beispiel die Lebenshilfe Mürzzuschlag mit Einsparungsplänen bis zu 39 % (bei der Betreuung und Pflege von Schwerstbehinderten) konfrontiert. Betreuungsmaßnahmen von Organisationen wie Jugend am Werk, das Beratungszentrum von „Rettet das Kind“, mehrere private Betriebe und SozialarbeiterInnen die Lern- Erziehungs- und Bewährungshilfe sowie familiäre Sozialbetreuung anbieten, sind nicht mehr im notwendigem Umfang gewährleistet.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle vorgesehenen Verschlechterungen aufzuzählen. Sie reichen vom Aus für den Gratiskindergarten bis zur Kürzung der Wohnbeihilfe und der Mittel für die Althausanierung.

Die Einschnitte beim Landesbudget erfolgen kurz nach einem Belastungspaket des Bundes, das bereits negative Auswirkungen auf die Familien, die Studierenden und andere Teile der Bevölkerung zeigt. Diese können von der Gemeinde nicht aufgefangen werden.

Statt Möglichkeiten der Einnahmenerhöhung durch sinnvolle Abgaben erschließen, wird das Doppelbudget des Landes die soziale Lage vieler Menschen verschlechtern, zum Abbau von Arbeitsplätzen führen und auch auf die Finanzsituation der Stadt negativ auswirken.

Das Belastungspaket ist unter strengster Geheimhaltung ohne Einbeziehung wichtiger Interessensverbände geschnürt worden. Der ÖGB-Steiermark hat in seinen Stellungnahmen gegen das Paket der Landesregierung eine soziale Schieflage festgestellt. Die „Plattform 25“, in der sich zahlreiche Initiativen und Vereine zusammengeschlossen haben, stellt in ihrem Aufruf fest, dass „gerade jene am härtesten (getroffen werden), die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären“.

Aus all diesen Gründen sollte der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag ein Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen setzen und ihre Forderungen nach sozialer Ausgewogenheit unterstützen und den folgenden Antrag beschließen:

Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag fordert die Landesregierung sowie den steiermärkischen Landtag auf, jene Maßnahmen des Belastungspaketes zu überdenken und zurückzunehmen die sozial nicht vertretbar sind.



Rechnungsabschluss 2010

Der Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres ergab einen schließlichen Kassenrest von über 820.000 Euro. Grund dafür war in erster Linie der Umstand, dass geplante Vorhaben (noch) nicht umgesetzt wurden. ÖVP und FPÖ rieben sich in erster Linie an der Gewinnentnahme bei der Stadtwerke durch die Gemeinde. SPÖ, KPÖ und Grüne hatten damit kein Problem und stimmten dem Rechnungsabschluss zu. Die Stadtwerke gehört zu 100% der Gemeinde Mürzzuschlag, warum sollen Gewinne daraus nicht der Allgemeinheit zugeführt werden?

Sanierung DOSAG Häuser

In den nächsten drei Jahren sollen die vier sogenannten DOSAG Häuser in der Oberen Bahngasse generalsaniert und mit Lift ausgestattet werden. Zuerst sollen die oberen 2 Häuser mit insgesamt 20 Wohnungen hergerichtet werden. Die Finanzierung erfolgt über die, in den letzten Jahren in unserer Gemeinde sehr aktiven, Brucker Wohnbaugenossenschaft. In deren Aufsichtsrat sitzt ja bekanntlich unser Bürgermeister. Der sogenannte Baurechtsvertrag wurde nunmehr vom Gemeinderat beschlossen. Die KPÖ stimmte gegen diesen Vertrag, da die geplanten Sanierungsmaßnahmen die Mieten für die Wohnungen so verteuert, dass diese als Mietwohnungen nicht mehr erschwinglich sein werden. Leute die sich die hohen Mieten jedoch leisten könnten, werden aber nach wie vor eher auf Wohnungseigentum oder auf Mietkaufwohnungen reflektieren. Mietzinsausfälle, wie zum Beispiel durch nichtbezogene



Wohnungen müssen dann durch die Gemeinde getragen werden. Nach 30 Jahren endet dieser Baurechtsvertrag und die Häuser gehen wieder ins Gemeindeeigentum über. In der Zwischenzeit verdient die Brucker Wohnbau am öffentlichen Eigentum. Das Risiko hat die Gemeinde und die Kosten die Mieter. Dadurch gab es auch keine Zustimmung der KPÖ- proMz Fraktion.

KPÖ Anträge, Anfragen und Initiativen

Gemeinderat Rosenblattl richtete an Bürgermeister Rudischer die Anfrage, wann die Gemeinde sich endlich einmal mit der Verkehrsmisere in Hönigsberg auseinandersetzt. Der Bauausschuss soll sich einmal vor Ort die Situation ansehen und sich einmal eingehend damit befassen.

Garagenbau

Schon vor Jahren hat der Gemeinderat den Bau von 19 Garagen im Bereich der Kreuzung Zimmersdorf-gasse- Sportgasse beschlossen. Passiert ist bis heute nichts. Mit wechselnden Schuldzuweisungen zwischen der Gemeinde und dem Grundbesitzer SAG gibt es nichts handfestes und schon gar keine Garagen

Wie jedes Jahr: Winterliches Chaos...



Verkehrsprobleme in Hönigsberg endlich lösen



Speziell in der Schulstraße sowie in der Neubaugasse wiederholt sich im Winter das Schneechaos. Die Räumfahrzeuge der Gemeinde können nicht räumen weil parkende Autos die Straßen verstellen (wo sollen sie hin? In Luft auflösen funktioniert auch in Hönigsberg nicht). Daher muss endlich diese Problematik thematisiert und gelöst werden. Wenn man bedenkt, wieviel Geld schon in diverse Mürzzuschlager Verkehrskonzepte geflossen sind, so müssen sich die Verantwortlichen den Vorwurf, auf diesem Gebiet, nichts für Hönigsberg zu tun, gefallen lassen.

Thema Zebrastreifen

Gemeinderat Eisinger richtete an den Bürgermeister die Anfrage über die Errichtung von notwendigen Schutzwegen bei den Autobushaltestellen Hofer, und Lidl, beim Baumax und bei der Phönixgasse. Die, sich immer wiederholende Ausrede, dass dafür das Land zuständig sei, ist unzu-



lässig. Die Gefährdung der SchülerInnen und der vorwiegend älteren Personen ist zu groß um sie zu ignorieren. Wenn dann noch das fadenscheinige Argument kommt, dass diese Schutzwege zu wenig frequentiert seien, dann muss man ernsthaft die Frage stellen: Muss erst einmal etwas passieren?



Neue Bushaltestelle bei Hofer- Lidl. Wieder kein Zebrastreifen

Taschenspielertrick: Regierung täuscht Einsparung bei Parteienförderung nur vor

Im Gegensatz zur ursprünglich angekündigten Kürzung der Förderung der steirischen Landtagsparteien um 25 Prozent kommt es nach dem vorliegenden Budgetplan von Landesrätin Vollath zu Einsparungen von lediglich zwei Prozent. Eine Einsparung von 25 Prozent würde dem Land ca. 4,5 Mio. Euro bringen.

Die angekündigten Einsparungen wurden durch einen Taschenspielertrick lediglich vorgetäuscht, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg: Durch die einmalige Auszahlung einer nicht budgetierten Presseförderung am Ende der vergangenen Periode wurde die Höhe der Parteienförderung künstlich in die Höhe geschraubt, dieser Betrag fällt nun wieder weg. Dadurch kommt es zwar zu keinen ernsthaften Einsparungen in diesem Bereich, ein Vergleich mit dem Vorjahr suggeriert jedoch eine Kürzung um 15%.

Werner Murgg: „Landesrätin Vollath hat erst heute in ihrer Budgetrede betont, dass sie nichts mehr davon hören wolle, dass die Politik bei sich selber sparen soll. Für die KPÖ ist diese Art der Parteienförderung aber nicht tolerierbar, wir werden deshalb gegen den Gesetzesvorschlag stimmen. SPÖ und ÖVP haben das Land in den Abgrund geführt, jetzt müssen die Steirerinnen und Steirer teuer für diese Politik bezahlen. Es ist einfach schamlos, dass SPÖ und ÖVP bei sich selbst wieder einmal eine Ausnahme machen und mit beiden Händen in die Fördertöpfe greifen, während für Lernförderung und die Pendlerbeihilfe angeblich kein Geld mehr vorhanden ist.“

Radweg Neuberg

Gemeinderat Eisinger richtete an den Bürgermeister die Anfrage wann der Radweg fertiggestellt und somit durchgehend benutzbar sein wird. Bgm Rudischer meinte dazu, dass laut Angabe der zuständigen Stellen mitte April das letzte Stück samt Eisenbahnbrücke fertiggestellt werden soll. Im Mai soll dann die offizielle Eröffnung stattfinden.



Leistbares Wohnen

Wer kennt sie nicht, die Lippenbekenntnisse unserer Politiker? Da gibt es zum Beispiel das Thema sozialer Wohnbau, was so viel bedeutet wie leistbares Wohnen!

Ich weiß gar nicht, wie oft ich folgende Floskel



schon aus dem Munde verschiedener Politiker gehört habe: „Wir brauchen Wohnraum, den sich die einfachen Menschen auch leisten können!“

Die Realität sieht leider anders aus! Einerseits gibt es Genossenschaftswohnungen, wo man viele tausende Euros auf den Tisch blättern muss, um erst mal einen Haustorschlüssel zu bekommen, von den Kosten der Einrichtung will ich gar nicht schreiben!

Und gerade aus diesem Grund hätte die Gemeinde die Verpflichtung, wirklich leistbaren Wohnraum zu schaffen! Gemeindewohnungen sollten für jedermann/frau erschwinglich sein!

Ich selbst überlegte vor Kurzem, meine Wohnung in der Oberen Bahngasse aufzugeben, da der steile Weg immer beschwerlicher und im Winter auch immer gefährlicher wird. Im Auge hatte ich eine kleine Wohnung in den DOSAG Häusern (alt), die renoviert werden.

Leider wird aus dem Plan nichts werden, da sie für mich unerschwinglich sein wird. Das Bundesland Steiermark hat vor, die Mietzinsbeihilfe bei den Betriebskosten um die Hälfte zu kürzen (wer weiss was sich in den nächsten Jahren in Bezug auf die Mietzinsbeihilfe noch alles verschlechtert) und so bleibt der Traum einer neuen Wohnung für mich nicht finanzierbar!

Wäre schön, wenn den Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen würden!

Rosamarie Zink

2009 Chirurgie gerettet. 2011 – wieder alles in Gefahr?

Unter dem „Deckmantel“ Sparpaket und Spitalsreform, will man uns nun wieder die Chirurgie, im LKH-Mürzzuslag nehmen. Wir konnten es zuerst nicht glauben, als wir es aus der Zeitung erfahren mussten, jedoch nun ist es traurige Gewissheit! Unter welchen Umständen dies nun zustande kommt ist unglaublich und verlogen!



Wir alle hatten uns so gefreut, als wir endlich nach langem Ringen und einer Enquete mit vielen Expertenmeinungen und unserer Überzeugungskraft (18.500 Unterschriften), unsere volle allgemeine und Unfallchirurgie im LKH-Mürzzuslag wieder zugesprochen bekamen.

Nach dem Landtagsbeschluss vom 7. Juli 2009, wurde die stillgelegte Chirurgie im Landeskrankenhaus Mürzzuslag, wieder in eine volle Chirurgie umgewandelt, wenn auch etwas zögerlich.

Mit den Stimmen von ÖVP, KPÖ und einer Stimme der Grünen (von LABg. Schönleitner) hatten wir es endlich geschafft und wir bekamen unsere Chirurgie zurück!

Die Bevölkerung und bereits betroffene Patienten, welche das Leid ohne Chirurgie im LKH-Mürzzuslag erlebt hatten, waren sichtlich erleichtert, wenn auch skeptisch.

Der damalige Gesundheitslandesrat Hr. Hirt (SPÖ) übergab nach seiner Niederlage, sein Amt an Fr. Dr. Bettina Vollath (ebenfalls SPÖ). Sie erklärte danach in einer Ärztezeitschrift im Jänner 2010, dass sie gültige Landtagsbeschlüsse natürlich respektiere und umsetzen werde. Das war im Jänner 2010. Bis endlich umstrukturiert wurde, dauerte es wieder einige Zeit. Geräte wurden angeschafft und Personal wurde aufgestockt, damit die volle Chirurgie und die Rotation (Brucker Ärzte machen abwechselnd Dienst) funktionieren konnte. Leiter für die allgemeine Station wurde Hr. Primar Schrittwieser und die unfallchirurgische Station leitet Hr. Primar Schweighofer, beide vom LKH-Bruck.

Auch dies lag uns immer im Magen, da wir nicht verstehen konnten, dass ein erfahrener Chirurg, der schon viele Jahre beste Arbeit im LKH-Mürzzuslag geleistet hatte, nicht als Primarius eingesetzt wurde. Wir dachten immer schon, man wollte gar nicht, dass es gut funktioniert - auch wenn es dafür einen gültigen Landtagsbeschluss mit genauen Anweisungen an die KAGES (Krankenhausanstalten) gab! Immer wieder äußerte sich das Forum pro LKH zu diesem zögerlichen Umsetzen. E-

mails aus dem Büro der damaligen Gesundheitslandesrätin und von der KAGES beruhigten und es wurde mitgeteilt, dass ALLES zügig umgesetzt wird. Nur richtiges Vertrauen konnten wir den Versprechen leider nie entgegenbringen. Ein Bauchgefühl hielt uns davon ab. Wir sollten recht behalten.

Dann kam die Landtagswahl und damit wieder eine neue Gesundheitslandesrätin. Diesmal Fr. Mag. Kristina Edlinger-Ploder von der ÖVP. Wir vom Forum pro LKH waren beruhigt, eine Gesundheitslandesrätin bekommen zu haben, welche auch für die volle Chirurgie im LKH-Mürzzuslag eingetreten ist.

Nun kam es für uns der große Schock. Unter dem „Deckmantel“ des Sparpaketes erfuhren wir aus der Zeitung, dass die volle Chirurgie im LKH wieder aufgelassen werden soll. Diese wird wieder in eine Tagesklinik umgewandelt - genau so, wie wir es von 2005-2008 hatten, wo so viele Probleme und gefährliche Situationen für Patienten entstanden sind!

Der nächste Schritt wird die komplette Schließung der Chirurgie in unserem Landeskrankenhaus sein.

KORRUPT UND VERLOGENE POLITIK !

Als ich Fr. Mag. Edlinger-Ploder, persönlich fragte, ob sie sich an den Landtagsbeschluss für die volle Chirurgie hält, sagte sie nein, das brauche sie nicht...

Weit haben wir es gebracht ! Dieser Landtagsbeschluss kam auch mit den Stimmen der ÖVP zustande, auch die jetzige Gesundheitslandesrätin war damals für die volle Chirurgie und jetzt eine solche Wende? Es wird hier eine demokratische Abstimmung für null und nichtig erklärt und wir können wieder einmal sehen, wie verlogen unsere Politik schon ist. Vor der Wahl wird versprochen, danach kann man sich an nichts mehr erinnern! Wenn ich nur daran denke, dass sich Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer so mit uns mit uns gefreut hatte, dass er sogar am „Siegerfoto“ sein wollte!

Gefeiert haben wir miteinander! Nun ist das Alles vergessen? Weit haben wir es in unserem Land gebracht. Wen sollen wir noch vertrauen können? Wo sind unsere Vorbilder für unsere Jugend, wenn sich schon unsere Politiker als sogenannten Vorbilder, an keine Beschlüsse oder sonstige Versprechen halten müssen?

In gewissen Bereichen wird nicht über das Sparen nachgedacht, nein hier wird weiter Geld ausgegeben. Nur die Schwächsten, welche sich am wenigsten wehren können, trifft es wieder voll und ganz. Wer hilft uns? Wen kümmert es, ob wir die nächste Chirurgie überhaupt noch lebend erreichen?

Schauen sie mal auf die Karte der Steiermark, wo befinden sich Chirurgen und alles was man braucht - und wo wohnen unsere Politiker, Krankenhausmanager, Berater? Umgeben von selbsternannten Experten, die nicht einmal die örtlichen Gegebenheiten kennen und nur viel Geld kosten, zuständig sind für Umstrukturierung, ohne jedoch weder Haftung noch Verantwortung übernehmen müssen!

Ist dies Gerechtigkeit, gerechte Verteilung, Demokratie? Nein, heutzutage zählen nur Kosten und Gewinne! Leider muß immer etwas Schlimmes passieren, damit man wachgerüttelt wird, oft ist es dann meistens schon zu spät!

Es ist sehr traurig, dass ich derzeit nichts Erfreuliches berichten kann. Wir hoffen natürlich, dass unsere Landespolitiker zur Vernunft kommen und sich an Landtagsbeschlüsse und Versprechen erinnern. Wir geben nicht auf!

Margret Kraischek
Sprecherin vom parteiunabhängigem
Forum pro LKH-Mürzzuslag



Vorab: Herta Freundlich, das ist nicht K nicht S und gar schon überhaupt nicht FPÖ, auch nicht Schwarz, Grün oder Orange. Herta Freundlich aber dankt den Herren Franz und Franz und den Ihrigen für die Bereitstellung einer Seite hier und zollt dem gelebten Umgang mit freier Meinungsveräußerung aufrichtigen Respekt.

Liebe Mürzzuschlager und Schlagerinnen!

Jüngstens las ich einer Zusage der Mürzzuschlager Partei der Freiheitlichen, kurz MPF (gesprochen „mmpff“). Da stand, verteilt auf vier Seiten, wenig Überraschendes und wenig Erstaunliches. Die MPF lässt äußert sich also über das Bettelverbot und ist, Überraschung, natürlich ganz und gar dafür, weiters versteht sie nicht, die MPF, was daran menschlich sein soll, jedem Menschen die freie Wahl zu lassen, ob er geben will oder nicht. Dies allerdings würde wohl eher einer seriösen Diskussion abseits der Satire bedürfen und ich werde es daher hiermit belassen.

Die Frage, die sich mir aber stellte, war: Was will man mit einem Blatt, das uns auf gedrucktem Papier nur wiedergibt, was man ohnedies von den Vertretern der Himmelfarbfraktion in automatisierten Dauermantras ständig nachzählt bekommt?

Kaum war dieses Rätsel in den Raum gestellt, schon begann es mich zu fesseln, zog mich in den Bann, Tage, Nächte, verbrachte ich vor den geheimnisvollen Seiten, aufs Essen, Trinken, ja sogar aufs Nasenhaarschneiden begann ich zu vergessen.

Ich war besessen.

Und dann, in einem Zustand der völligen Ermattung, spirituell aufgelöst wie Zuckerstaub im Jagatee, in einem Sinnesnirvana, herbeigeführt durch Askese, naturgebener Irreinsbefähigung und dem zur Hungertotprävention getätigtem Verzehr zweier übergäriger Bananen, nahm ich dieses geheimnisvolle Mikrokonvolut noch einmal zur Hand und vor meinen Augen, die wie die Zungen zweier durstender Hunde ins Papier hingen, trocken und leer, geschah es: das Dechiffrierungswunder!

Die Buchstaben begannen wüste Tänze zu tanzen, rutschten und flutschten durcheinander und fanden sich mit neuer Bedeutung in straffer Marschformation wieder. Wie Panzerplatten fiel es mir von den Schädelfenstern! GEHEIME BOTSCHAFTEN! Das ganze Blatt ist voll davon! Und zwar bediente man sich hierfür der hohen Kunst des Anagrammiers - dabei werden die Buchstaben eines Wortes oder Satzes so neu geordnet, dass eine andere Bedeutung entsteht. Beispiel: **SCHACHSPIELEN = SCHNAPSLEICHE**.

Selbe Buchstaben, ganz andere Bedeutung.

Was also versucht die MPF uns nun so geheimnisvoll zu sagen? Ich selbst war von dem Ergebnis schwerstens überrascht: Osterbotschaften sind es, vor allen Dingen, die man mitteilen will.

Schon im Slogan **WIR SIND DAHEIM** beginnt es: heißt das doch nichts anderes, als: **HASE WIRD INTIM**, ein Code, der alle Schläferhasen aktiviert und zur sofortigen artenreinen Vermehrung drängt, um so für eine ausreichende Nachkommenschaft einheimischer Langohreiertransporter zu sorgen.

Aber auch, und hier sieht man die Möglichkeiten dieses ausgefeilten Systems der alte, leider in Vergessenheit geratene freiheitliche Gruß **WAHN SEI MIT DIR** verbirgt sich hier.

HEIMATPARTEI wiederum ist nichts anderes, als ein verstecktes Lob an den österlichen Lieferservice: **HATTE PRIMA EII**.

Sogar die wortgewordene

Verzweigung eines ratlosen Blauweifärbers kann man finden: **FREIHEITLICH = EI RIECHT! HILF!**. Natürlich kann man das auch als zufriedene Feststellung eines durch entsprechenden Transplantationsvorganges zum Mann gewordenen RFJ-Knaben deuten: **ICH EIER! HILFT!**

Sogar im Namen des geschätzten **ARND MEISSL** versteckt sich eine fürsorgliche Warnung an den Osterhasen, der vom imbißmäßigen Verzehr der Gartengräser nach Verwendung holländischer Düngemittel abrät: **LSM IM RASEN!** Gut so. Auf Bäumen sitzende Osterhasen, die Opernarien zwitschern und um Amseldamen balzen, sind in unser heimisches Landschaftsbild auch nur schwer integrierbar.

Sorgen allerdings macht mir, dass uns mittels des Wortes **ZUWANDERUNG** offenbart wird, dass die F sich nunmehr offensichtlich in Besitz eines **WUNDERANZUGS** befindet.

Nun, zumindest beim Thema **INTEGRATION** ist man sich in der **TONART EINIG**...

Für die vollständige Entschlüsselung dieses Werkes möge sich jeder Interessierte selbst bemühen, der Schlüssel dafür ist nun vorgegeben.

Mein abschließendes Erstaunen möchte ich aber noch über das Ergebnis äußern, das nach Anwendung dieser Methode beim großen Oberchef erwähnter Fraktion zu Tage trat: **ACH, RECHTS...ECHT ARSCH!** Das ist nicht österlich!

In diesem (Un)Sinne wünsche ich viel Erfolg beim Eierpecken und ein schönes Osterfest.

Ihr Herta Freundlich



Der Text versteht sich als Satire und will auch so verstanden werden. Wer persönlich sich beleidigt fühlt, der interpretiert wohl falsch und ist entschuldigt.



Inflationsrate zwischen 3,1 und 7,3% Für Preisregelung

Die offizielle Teuerungsrate ist in Österreich auf 3,1 % angestiegen. Das sagt aber wenig über die Belastung der Masse der Bevölkerung im Alltag aus. Aussagekräftiger ist das Preisniveau des so genannten "Mikrowarenkorbes", der überwiegend Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf repräsentiert. Dieser erhöhte sich im März binnen Jahresfrist um 4,5 Prozent. Das Preisniveau des "Miniwarenkorb", der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich sogar um 7,3 Prozent!

Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr betonte, dass die Regierung diesem Inflationssprung nicht tatenlos zusehen darf! Schließlich machen Wohnen, Energie und Lebensmittel einen Großteil der Teuerung aus. Sie wies darauf hin, dass die letzten Gehalts- und Pensionserhöhungen die Teuerung bei weitem nicht abdecken. Darüber hinaus senken die Belastungspakete von Bund, Ländern und Gemeinden die Einkommen der Bevölkerung. Elke Kahr: „Die KPÖ fordert die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie. Darüber hinaus fordern wir ein Einfrieren der Tarife und Gebühren.“

Landesbudget: „Kürzungen, bis nichts mehr da ist“

Die Abgeordneten der KPÖ haben ihre eigenen Vorstellungen und Positionen zum Landesbudget veröffentlicht. Über neue Einnahmen und Einsparungen in Bereichen, die die große Masse der Bevölkerung nicht treffen, könnten dem Haushalt über 40 Mio. Euro pro Jahr zugeführt werden. KPÖ-LAbg. Werner Murgg, dass das Land die steigende Neuverschuldung nicht aufhalten könne.

KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler: „Wir erleben die schrittweise Zerschlagung des Sozialsystems. Trotz aller Einschnitte steigt die Neuverschuldung des Landes um 425 Mio. Euro. Wenn sich einnahmenseitig nichts ändert, wird es bei jedem zukünftigen Budget weitere Kürzungen geben, bis nichts mehr da ist, was eingespart werden könnte.“

Trotz der Budgetkürzungen beläuft sich die Neuverschuldung des Landes auf 425 Mio. Euro. Selbst weitere Kürzungen in den betroffenen Bereichen können nicht zu einem ausgeglichenen Budget beitragen, nicht einmal das Anwachsen der Neuverschuldung verhindern. Ohne eine Erhöhung der Ertragsanteile steht das Land Steiermark beim Bemühen, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, von vornherein auf verlorenem Posten.

1. Einnahmen

Nahverkehrsabgabe

Mit einer Nahverkehrsabgabe, ähnlich wie die Wiener Dienstgeberabgabe, wäre mit einem Abgabenertrag von 11 Millionen Euro zu rechnen.

Abgabe auf Glücksspielautomaten

Die 2010 beschlossene Erhöhung der Abgaben auf Glücksspielautomaten würde etwa 20 Mio. Euro bringen. Eine weitere Anhebung auf Wiener Niveau (1400 Euro pro Automat und Monat) würde weitere 20 Mio. an Einnahmen ermöglichen.

Naturnutzungsabgabe („Schottersteuer“)

Joanneum Research erstellte 2006 eine Studie über die Auswirkungen der Einführung einer Naturnutzungsabgabe für Schotter und Kies im Bundesland Steiermark, das Gesamtaufkommen einer Schotterabgabe wird darin auf rund 3,1 Mio. Euro geschätzt.

Flächenversiegelungsabgabe

Eine Abgabe auf Stellflächen im Bereich von Einkaufszentren wäre nicht nur umweltpolitisch sinnvoll, sondern würde, je nach Gestaltung der Abgabe, bis zu 10 Millionen Euro für das Land bringen.



Claudia Klimt-Weithaler
- Landtagsabgeordnete der steirischen KPÖ

2. Einsparungen

Eventpolitik

Bereits jetzt wurden 150 Millionen für Schladming ausgegeben. Die Ski-WM könnte auch sparsamer durchgeführt werden.

Der Vertrag über den A1-Ring sieht eine finanzielle Belastung des Landes von 120 Mio. Euro über 60 Jahre vor.

Die AirPower-Flugsschau ist in erster Linie eine Werbeveranstaltung eines europäischen Rüstungskonzerns, die keine öffentlichen Subventionen benötigt.

Parteienförderung

Die Parteienförderung wird zwar gekürzt, nicht um 15 %, wie SPÖ und ÖVP behaupten, sondern lediglich um zwei Prozent. Eine Reduzierung um 25 Prozent würde 4,5 Mio. Euro bringen.

Wirtschaftsförderungen

Förderungen an Konzerne sind wirtschaftspolitisch sinnlos. Gefördert sollen nur mehr Klein- und Mittelbetriebe werden.

Zinsmoratorium

Ein Zinsmoratorium auf fünf Jahre (Eckzinssatz) würde dem Land große Summen ersparen. Das Land Steiermark bezahlt jährlich über 70 Millionen Euro an Zinsen, ausgegliederte Schulden (wie jene der KAGes) noch gar nicht einbezogen.

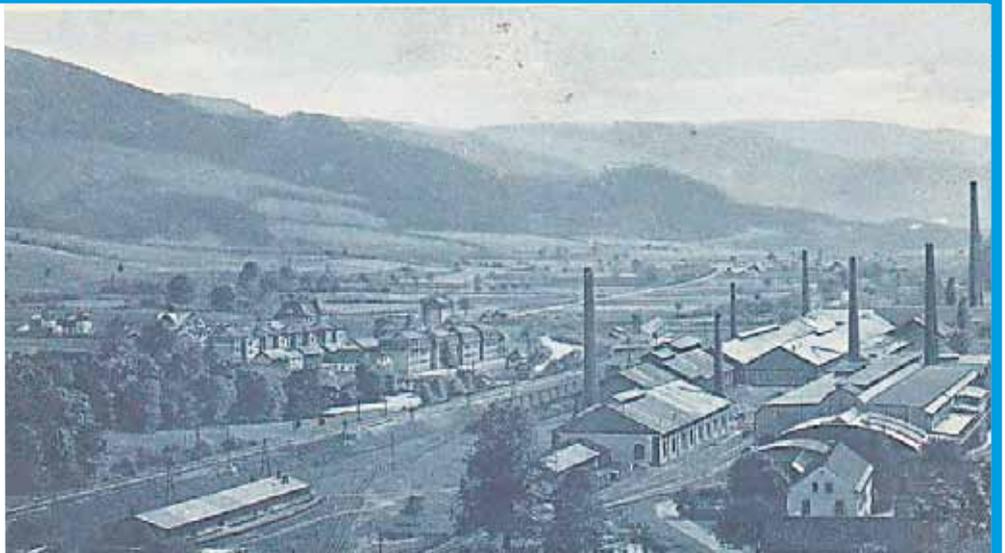
3. Ertragsanteile

Ohne einen neuen Finanzausgleich, eine neue Verteilung der Ertragsanteile, kann es zu keinem ausgeglichenen Budget kommen. Zwei Drittel des Steueraufkommens setzen sich aus Massensteuern zusammen, v.a. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer. Hier kann es keine weiteren Belastungen geben.

Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen sowie eine Grundsteuer auf großen Immobilienbesitz würde hingegen 90 Prozent der (steirischen) Bevölkerung nicht treffen.

Historisches Hönigsberg

Das Schoeller-Bleckmann Stahlwerk dominierte das Ortsbild von Hönigsberg, das damals noch zu Langenwang gehörte. In den sogenannten Bachhäusern und den Straßenhäusern waren die Arbeiterwohnungen und in den Meisterhäusern in der Zimmerdorfgasse sowie in den Beamtenhäusern in der Sportgasse lebten die Angestellten des Werks. Die für Hönigsberg typischen SAG Häuser wurden erst zu Beginn der 1940er Jahre errichtet. Die Einfamilien-Häuser im Grabeland wurden Ende der fünfziger und Beginn der 60er Jahre gebaut.



Kinderland startete die „Äktschnrally 2011“

Mit großem Elan wurde die Äktschnrally 2011 gestartet. Dabei werden über das ganze Jahr hinweg Veranstaltungen für Kinder und Familien durchgeführt. Die ersten 2 Etappen wurden von Kindern und Eltern mit Begeisterung aufgenommen. Bei der Faschingsparty wurde es schon sehr eng, was der Stimmung aber keinen Abbruch tat.



Bei der zweiten Etappe gab es vor Ostern ein Geländespiel in der Au. Dabei mussten die Kinder an den zehn Stationen sportliches oder spielerisches Geschick an den Tag legen. Als Belohnung gab es ein Hot Dog und ein erst zu findendes verstecktes Osternesterl. Die nächste Etappe findet am 13. Mai



statt. Dabei gibt es in Schöneben ein Spielplatzfest. Ein Highlight des ersten Halbjahres ist der Familienausflug am 19. Juni in den Freizeitpark St. Margarethen am Neusiedlersee. Um 25 € gibt es die Möglichkeit den wohl interessantesten Familypark Ostösterreichs zu besuchen. Der Preis beinhaltet Eintritt und Fahrt. Es sind bereits sehr viele Anmeldungen, daher bitte rasch anmelden und Fahrkarte sichern.

Natürlich kann jede/r an den diversen Veranstaltungen teilnehmen und die Mürzer Veranstaltungen sind grundsätzlich kostenlos. Bei den „Auswärtsfahrten“ wird ein streng kalkulierter, erschwinglicher Beitrag anfallen. Durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde und

durch die freiwillige Tätigkeit der MitarbeiterInnen kann dieses Programm für die Mürzer Kinder durchgeführt werden.

Ein Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, diese Zuwendungen an Kinderorganisationen zu streichen, wurde vom Gemeinderat abgelehnt.

Kommende Veranstaltungen der Äktschnrally 2011:

13. Mai 2011 ab 14 Uhr
Spielplatzfest Schöneben

11.-13. Mai 2011
Schupperferien beim Pfingsttreffen im Feriendorf am Turnersee
Aufenthalt und Busfahrt: 52 €

19. Juni
Familienausflug St. Margarethen
Familypark Bus und Eintritt 25 €

Genauere Infos: Kinderland
Mürzzuschlag
0650 2710550 oder 0680 1165393

Tolle Ferienangebote für Kids von 6 bis 15 Jahren

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

1-2 oder 3 Wochen möglich

kinderland
Steiermark

Ferienhotline: 0316 / 829070
Fax: 0316 / 820610
Mehlplatz 2, 8010 Graz
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Ortsgruppe Mürzzuschlag
Franz Rosenblattl
Tel.: 0650/27 10 550